

# Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1911. Nr. 558. für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 2014.

Zweite Ausgabe

Dienstag, 28. November 1911.

**Die englische Politik gegenüber Deutschland.**

Seit Tagen schon beschäftigt sich die gesamte englische Presse mit nichts anderem als mit den Debatten im englischen Unterhause, die am gestrigen Montag stattfanden. Die Stimmung war immer mehr ungemächlich. Man fühlte wohl, daß die von Delcassé begangene und von Sir Edward Grey fortgesetzte Einreisepolitik gegen Deutschland die Entente cordiale in diesem Sommer in eine Katastrophe geführt hat, in der sich namentlich die englische Politik in einer recht unangenehmen Lage befand. Aus diesem Gefühl heraus suchten in den letzten Tagen die englischen Wähler Deutschland gegenüber das brutale Scheinmännchen Englands in die deutsch-französischen Verhandlungen mit der Verlegenheitsrolle zu verteidigen, daß England seinen Vorkommen gegenüber Frankreich genau so habe nehmen müssen, wie es Deutschland während der böstischen Krise gegenüber Österreich in „so zögerlicher Weise“ getan habe. Daß es den englischen Wählern selbst nicht wohl bei dieser Vertheidigung ist, geht aus ihren Freundschaftserklärungen für Deutschland hervor, die eben leider mit der englischen Politik der letzten Monate in Widerspruch stehen.

Ueber die gestrige, allenthalben mit Spannung erwartete Sitzung des englischen Unterhauses geht uns aus London o folgender Bericht zu:

Das Haus war in allen Zeilen dicht besetzt. Die Diplomaten, die Galerie für die Mitglieder des Oberhauses und die Galerie für das Publikum waren gedrängt voll. Bei Einbringung der bereits angekündigten Resolution

### sagte Grey

amüßigt, er beabsichtige, sich auf die jüngsten Marokko-Verhandlungen zu beschränken:

Der Gegenstand ist so wichtig, so ernst und im Augenblick noch so heikel, daß es für ihn außerordentlich wäre, andere Fragen damit zu vermengen, die es möglich gewesen wäre, hätte er gerne bis zum Abschluß der Debatte im französischen und deutschen Parlament gewartet, bevor er irgend etwas über die Frage geäußert hätte. Aber in Deutschland sei bereits so viel darüber gesprochen worden, insbesondere in den jüngsten Darlegungen des deutschen Staatssekretärs des Auswärtigen, daß er sich nicht auf die Beschränkung der Debatte zu beschränken, die in Frankreich und Deutschland noch stattfinden müßten, verpflichtet fühlte, eine ziemlich vollständige Erklärung abzugeben. Er wüßte auf die Empfindlichkeiten und Schwierigkeiten der öffentlichen Meinung in Frankreich und Deutschland jede Rücksicht zu nehmen. Aber, fuhr Grey fort, es ist bereits so viel über und dort gesprochen worden, daß mir dieselbe Rücksicht auf unsere eigene öffentliche Meinung nehmen müßte.

Man werde es sich selbst im Auslande verstehen, daß, was nachsehen sei, es für England unmöglich mache, eine vollständige Erklärung noch länger hinauszuverschieben. Er werde also einen Bericht über die Unterhaltungen zu geben haben, die im Sommer zwischen ihm und dem deutschen Vorkämpfer

### Spannung

hätte. Er wolle seine Erklärung so genau wie möglich abgeben, und es werde daher notwendig sein, daß er seine eigene Aufzeichnung über das, was tatsächlich stattgefunden habe, vorlege. Er wolle betonen, daß die Verhandlungen zwischen dem zwischen England und Deutschland im Sommer abgegangenen Text; dann wolle er unterfragen, was der wirkliche Grund der zwischen Deutschland und England durch die marokkanische Frage hervorgerufenen

### Reden des deutschen Reichstages

gesehen sei. Es habe sich bezüglich dieser Spannung im Sommer viel Mißtrauen und Gerüchte angeammelt, daß es die Gemüter in beiden Ländern mehr als je zuvor erregt und aufgereizt habe. Obwohl die Kritik, welcher Art sie nun gewesen sein mag, bereits über ihn, werde ich mich bemühen, jene Erregung zu mildern, nicht dadurch, daß ich verkleinere, was wirklich ernsthaft gewesen ist, sondern dadurch, daß ich verdaue, eine getreue Darstellung der Situation zu geben. Der dritte Teil von dem, was ich sagen möchte, wird allgemeine Bemerkungen über die auswärtige Politik bringen und eine Antwort auf gewisse Ansichten der

### deutsche Staatssekretäre des Auswärtigen Amtes

hat bereits nicht eine vollständige, aber eine ausgedehnte Aufklärung über das gegeben, was der Unterhandlung zwischen dem deutschen Vorkämpfer in London und mir vorgegangen ist. Im diplomatischen Verkehr ist es sehr ungewöhnlich, einen Bericht über Unterredungen zu veröffentlichen, ohne vorher den anderen Teilnehmern zu fragen. In diesem Fall wußte ich nichts, bis ich den veröffentlichten Bericht zu lesen bekam. Wenn ich gefragt worden wäre, so würde ich sicherlich keine Einwendungen erhoben haben. Ich verweise, daß die Anforderungen der Lage in Deutschland es unmöglich gemacht haben, daß ich vorher befragt wurde. Ich erhebe keine Beschwerde darüber, aber es wurde mit dadurch die Notwendigkeit aufgezeigt, aufzuklären, was nach meiner An-

sicht dem Haus über den Anteil, den wir an der Angelegenheit genommen haben, mitgeteilt werden muß. Der deutsche Vorkämpfer und der deutsche Staatssekretär des Auswärtigen Amtes haben bereits ein Mißverständnis erlitten. Man hat in einigen Kreisen angenommen, daß Deutschland gegen die französische Aktion, das heißt gegen den Marok nach des überhaupt protestiert und daß Frankreich angeblich eines deutschen Protestes auf dem Marokk befinden habe. Die deutsche Regierung hat dargelegt, was die deutsche Aktion wirklich gewesen ist, und ich habe keinen Kommentar dazu zu geben und keine Kritik daran zu üben. Meine Erklärung beginnt also mit dem 1. Juli. An diesem Tage kam der deutsche Vorkämpfer auf das Auswärtige Amt und machte folgende Mitteilung. (Es folgt das bereits in dem Bericht der Budgetkommission des Deutschen Reichstages wiedergegebene Aide-memoire vom 30. Juni.)

### Der „Banker“

war, glaube ich, damals auf dem Wege nach Agadir. Aber in der Erklärung des Vorkämpfers, welche diese Erklärung begleitete, war noch mehr enthalten. Diese Mitteilung war begleitet von einer Erklärung, die erkennen ließ, daß die deutsche Regierung eine Rückkehr zum Status quo in Marokko als zweifelhaft, wenn nicht als unmöglich betrachtet und daß, was sie im Auge habe, eine definitive Lösung der marokkanischen Frage zwischen Deutschland, Frankreich und Spanien war. Die Mitteilung wurde jedoch gemeinlich nicht richtig aufgefaßt, so daß das im Auge gefasste Ziel eine definitive Lösung der ganzen marokkanischen Frage war. Am folgenden Montag teilte ich dem deutschen Vorkämpfer mit, daß ich mit dem Premierminister gesprochen habe, und daß mir die durch die Entsendung des „Banker“ nach Agadir geschehene Situation als so wichtig betrachtet, daß sie in einer Sitzung des Kabinetts

erörtert werden müßte. Ich wollte bis zu dieser Kabinettsitzung nichts weiter sagen über ich möchte, daß die deutsche Regierung sofort erfahre, daß nach unserer Ansicht die Frage ernst und wichtig ist. Ich sah den deutschen Vorkämpfer am 4. Juli wieder und sagte, ich müße ihm mitteilen, daß unsere Haltung bezüglich Marokkos keine uninteressierte sein könne. Wir müßten unter

### Vertragsverpflichtungen gegen Frankreich

unsere eigenen Interessen in Marokko in Betracht ziehen. Wir seien der Ansicht, daß die Entsendung eines deutschen Kriegsschiffes nach Agadir eine neue Situation geschaffen sei. Die künftigen Entwürden könnten vielleicht die britischen Interessen dieser Beziehung, als sie bisher berührt worden seien, und daher könnten wir keine neuen Arrangements anerkennen, zu denen man ohne uns gelangen könnte. Ich möchte es ganz klar, daß diese Mitteilung und die von mir gebrauchte Worte genau diejenigen von dem deutschen Vorkämpfer seien. Aus folge eine Periode des Schweigens. Der deutsche Vorkämpfer hatte keinen Auftrag, mir irgend eine Bemerkung bezüglich meiner Mitteilung zu machen, und wir erhielten keine Mitteilung von der deutschen Regierung über das, was ihre Absichten und Ziele seien oder woran sie gebast habe, als sie von einer definitiven Lösung des marokkanischen Problems sprach.

Das war die wirklich wichtige Frage. Aus anderen Kreisen gelangten einige Mitteilungen an uns, die uns befragen ließen, daß die von Deutschland im Auge gefasste Regelung eine Teilung Marokkos sein könnte, und zwar durch Verhandlungen, an denen man uns nicht hinguzuziehen beabsichtige. Es ist natürlich vollständig richtig, daß wir uns in Marokko durch das Abkommen mit Frankreich von 1904 politisch desinteressiert hatten, aber beim Abschluß dieses Abkommens hatte die frühere britische Regierung gewisse wirtschaftliche und strategische Bindungen stipuliert. Diese hätten durch eine neue Regelung bezüglich Marokkos gelöst werden können, und das war der Grund, warum wir uns, bevor wir unruhigsten, was geschehen könnte. Der britische Vorkämpfer in Berlin hatte am 12. Juli Gelegenheit, den deutschen Staatssekretär des Auswärtigen Amtes über einige weniger wichtige Fragen zu sprechen, und ergriff die Gelegenheit, zu sagen, daß einmal von einer Unterhaltung zwischen Spanien und England gesprochen worden sei, woraus zu schließen wäre, daß wir davon ausgeschlossen werden sollten. Der Staatssekretär sagte unserem Vorkämpfer, er möge uns mitteilen, daß niemals irgend ein Gedanke an eine solche Unterhaltung existiert habe. Aber ausgenommen diese negative Erklärung, erhielten wir von der deutschen Regierung keine weitere Mitteilung. Etwas später ließ es in der Presse, daß die deutsche Regierung

### mit Bezug auf Französisch-Spano

Forderungen von einer Ausdehnung gestellt habe, daß offenbar weder die französische Regierung noch die französische Kammer hätte zustimmen können, und ich wurde befragt wegen der künftigen Entwicklung der Marokkofrage. Ich sprach daher am 21. Juli mit dem deutschen Vorkämpfer und sagte ihm, ich möchte seinen Zweifel bezüglich der Regierung, daß unter Stillschweigen nicht so verstanden werden dürfen, daß wir uns der marokkanischen Frage nicht das Interesse nehmen würden, das in unserer Erklärung vom 4. Juli ausgesprochen worden war. Wir hätten gewußt, daß eine Verbindung der Grenze von Französisch-Spano als Grundlage für die Verhandlungen mit Frankreich vorgezogen worden sei. Wir hätten es für möglich gehalten, daß eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich erreicht werden könnte, welche die britischen Interessen nicht berührte. Wir würden uns sehr freuen, wenn dies geschehen sollte, und in der Hoffnung, daß dies geschehe, hätten wir uns bisher deckte gehalten. Aber ich ließ mich anlässlich der Verhandlungen, die tags zuvor über den Zweifelsbereich der Regierung, an der französische gehaltenen Forderungen erschienen seien. Forderungen, welche tatsächlich eine Grenzberichtigung, sondern eine Abtretung von Französisch-Spano bedeuteten und denen offenbar die

französische Regierung unmöglich zustimmen könnte. (Fortsetzung folgt.)

Wie uns bei Redaktionschluss noch aus London gedruckt wird, sagte Grey am Schluß seiner Rede: Deutschlands Siege ist ihm aber eine Garantie, daß kein anderes Land einen Schritt mit ihm machen wird. Das ist eine Seite des Schicksals, auf der Deutschland wohl stolz sein kann. Aber es gibt eine andere Seite des Schicksals, was die deutsche öffentliche Meinung bedenken sollte. Wenn eine Nation die größte Armeer der Welt und eine sehr große Flotte besitzt und im Begriffe ist, eine noch größere zu bauen, dann muß sie alles in ihrer Macht stehende tun, um die Politik militärischer Verpflichtungen anderer zu verhindern, die keine aggressiven Absichten besitzen, daß diese Macht mit ihrem Reich und ihrer Flotte aggressive Tendenzen gegen sie verfolgen könne. Ich glaube nicht an aggressive Pläne (Weisfall). Andere Nationen konnten aber befragt und mittrauisch sein. Alles, was wir und die anderen Nachbarn Deutschlands wünschen ist, auf gleichem Fuße mit ihm zu leben. Es gibt eine auswärtige Politik, die beruht nicht auf der, die ich zu schützen vermag und die mir unbeholfen erscheint. Es besteht darin, daß wir zu verstehen geben sollen, daß wir unter keinen Umständen einem unserer Freunde irgend welchen Vorstoß leisten sollten, es er auch in herausfordernder oder unbedeutender Weise angegriffen wird. Das würde ein Versuch sein, zu dem zurückzutreten, was man einst

### die Politik der glänzenden Isoliertheit

nannte. Eine solche Haltung würde uns auch nicht die Freundschaft Deutschlands verschaffen, weil man sich dadurch keine neuen methodischen Freundschaften schafft, wenn man die alten verläßt. Lassen Sie uns mit allen Mitteln neue Freundschaften schließen, aber nicht auf Kosten derer, die wir haben. Ich möchte alles tun, was ich kann, um

### die Beziehungen zu Deutschland

zu verbessern. Aber die Freundschaften, die wir haben, haben jetzt mehrere Jahre gehalten, und es muß der Hauptpunkt bei der Verbesserung unserer Beziehungen zu Deutschland sein, daß wir keine von ihnen opfern. In der deutschen Presse heißt es, daß es ein Teil unserer Politik ist, die deutsche Ausdehnung zu bindern. Es ist gewiss ein unglücklicher Irrtum, daß die Marokkofrage so oft aufgeschoben ist, weil wir dabei gewisse Interessen haben, und es ist meine persönliche Überzeugung, daß es die richtige Politik für England ist, seine afrikanischen Besitzungen fünfzig bis zu wenig als möglich auszuweiten. (Weisfall.) Der deutsche Reichstagskanzler hat kürzlich zwei Reden gehalten. Es brachten natürlich den deutschen Reichstagsrat zum Ausdruck, daß es ihm persönlich an die deutsche öffentliche Meinung gerichtet. Ich erkenne gern an, daß der Kanzler in beiden Reden, obgleich er mit einer schwierigen Stellung zu tun hatte, sorgsam bemüht war, alles zu vermeiden, was die britische öffentliche Meinung beleidigen konnte. (Weisfall.) Wenn ich offen über diese beiden Reden sprechen soll, so möchte ich sagen, daß sie im Ton und Geist bezaugt sind, daß sie uns den Glauben einflößen, daß der Kanzler wünsche dieses Land hart, aber nicht aggressiv zu sehen. (Weisfall.)

### der Geist der deutschen Politik

ist, dann bin ich gewiß, daß in zwei oder drei Jahren das Gerüde von einem großen europäischen Kriege aufhören wird. (Weisfall.) Man kann sich des Gefühls nicht erheben, daß der Horizont sich aufhellte. Grey berührte dann das Wort des Reichstagskanzlers vom reinen Tisch und ließ diese Erklärung mitteilen, weil der Reichstagsrat sowohl Frankreich wie England in die Unterhandlungen habe. Wenn übrigens das gegenseitige Abkommen eine dauernde Beilegung der Marokkoeffrage bedeute, würde es für England außerordentlich vorteilhaft sein. Außerdem wird es die politische Atmosphäre auflücken und ein großes Hindernis von dem Wege der europäischen Diplomatie beseitigen. Sollten wir, so schloß Grey, eine weniger interessierte Partei erörtern, so hätten wir nicht die gehörige Gelegenheit, die britischen Interessen betonen und es an der Erfüllung unserer

### Vertragspflichten gegen Frankreich

fehlt lassen. Wenn diese Regelung zwischen Frankreich und Deutschland die Zustimmung beider Nationen erhält, so dürfte die marokkanische Frage dadurch geregelt sein ohne die Gefahr des europäischen Krieges, und dann nehme ich vertrauensvoll sowohl gegenüber der Kritik bei uns als außerhalb in Anspruch, daß die Stellungnahme der britischen Regierung wesentlich zu der Vermittlung dieser Erwartung beigetragen hat, und ich bin der Meinung, daß dies die allgemeine Meinung des Hauses ist.

### Die Debatte wurde darauf verlagert.

So wie gestern im englischen Unterhause die Marokkofrage einer Debatte unterzogen wurde, soll am heutigen Dienstag in Oberhause eine Debatte über Marokko folgen, und zwar auf Vorschlag von Lord Courtney. (Siehe noch „Letzte Telegramme“.)

## Der italienisch-türkische Krieg.

Die Dardanellenfrage. Die russische Schiffbau-Gesellschaft bei der russischen Flotte in Konstantinopel beauftragt, ob sie die Schiffahrt durch die Dardanellen fortsetzen solle. Der Vorkämpfer antwortete, der Verkehr könne wie bisher fortgesetzt werden.

### Der Kriegsausgang

Nach einer Meldung des römischen „Messaggero“ über den Kampf bei Tripolis am 26. cr. fanden die Italiener in den Händen der Defeat mehr als 500 Tote und 2000 Verwundete des Feindes. In Genu wurden 72 Eisen gefunden, viele andere unterhalb. Die Zahl der Gefangenen beträgt über 300, unter ihnen mehrere türkische Offiziere. Wie die römischen Blätter weiter melden, soll der Eindring dieses Sieges der Italiener in Tripolis sehr groß

fein und auf die Stimmung der Araber Italien gegenüber günstig gerichtet haben.

In Anblich hieran sagt noch eine Meldung der römischen „Gazetta“ aus Tripolis, 27. November: Der Angriff des 56. Infanterie-Regiments am Schluß des gestrigen Tages gegen die in Schwärzbergen liegenden regulären türkischen Truppen im Süden der Dofe zwischen 23. Regiments unterließ. Nach der zurückgelassenen Wäberland wurden die Türken gezwungen, sich zurückzuziehen, und gegen Sonnenuntergang befanden sie sich in voller Flucht auf Kinara zu, verfolgt von dem Feuer der nachdrängenden italienischen Infanterie und dem der Artillerie. Die hiesigen letzten Vorkämpfer ebenfalls unterließ, wie sie ihre Aufgabe während des ganzen Tages erfüllt hatte. Die italienischen Vorkämpfer während dieses langen ererbten Kampfes anzugeben, ist jureit nicht möglich, sie sind jedoch verhältnismäßig gering, da die Truppen auf dem schwierigen Gelände kühen, aber mit großem Geschick vorgehen. Die Kufftelmann der italienischen Truppen auf der neuen vorgeschobenen Linie ist folgende: Dettlich vom Fort Samite steht das 93. Infanterie-Regiment, von links nach rechts folgen das 1. Grenadier-Regiment, das 11. Verlaugler-Regiment, das Alpenjäger-Bataillon von Benetrelle und die 6. Infanterie-Brigade.

### Die Revolution in China.

Die Eroberung Sanhangs. Wie vom Nainowu offiziell mitgeteilt wird, meldete der kaiserliche General von Fengtschung, daß die Forts Seichian und Serkuan am Sonntag abend und der Schilddröhnenbügel am Montag angenommen worden sind. Man erwartete die Eroberung der ganzen Stadt Sanhang noch vor dem gestrigen Abend.

Erfolgreiche Kämpfe und Revolutionäre. In der Umgegend von Fritschau in der Südmannschuel berieben Kämpfe, die sich mit den Revolutionären solbarrlich erklärt haben. Winderungen, Kaiserliche Beamte rufen die Bevölkerung zum Aufstand auf. Zur Verfolgung der Rebellen und Meutere sind aus Wuden Polizei und Truppen ausgeschickt worden.

### Deutsches Reich.

Seine Majestät der Kaiser ist, wie aus Mosche n gemeldet wird, am Montag nachmittag gegen 5 Uhr mit dem kaiserlichen Sonderzuge an der Salzfelle Zelta-Mee eingetroffen, an welcher eine Empfangshalle und eine Ehrenpforte errichtet waren. Zum Empfang waren Graf Thiele-Windler und Landrat v. Holtzki anwesend. Nach der Begrüßung erfolgte die Fahrt nach dem nahegelegenen Schloße. Auf dem Wege bildete der Kriegerverein von Nainowu mit Fackel-Spazier.

Die Budgetkommission des Reichstages nahm unbenändert den Bericht des Reichstages über die Ausgaben kleinerer Stellen in den Konulargerichtsbezirken und dem Schutzbereich Rauschau an.

### Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 27. November 1911.

Am Bundesratliche die Staatssekretäre Dr. Dellbrück und Bernack, sowie Gouverneur Dr. eiff.

Präsident Dr. Graf v. Sauerwitz eröffnete die Sitzung gegen 9 1/2 Uhr.

Zur ersten Lesung nahm die Vorlage, betreffend Eisenbahnbauten im ostafrikanischen Schutzbereich. Danach soll der Reichsanwalt ermächtigt werden, die durch den Etat für Ostafrika zur Fortführung der Ilambarabahn und zum Ausbau des Hafens in Zanga bereitgestellten Mittel auch zu Ergänzungsbau- und Neubauten auf der Stammstrecke Zanga-Kombo, sowie die durch denselben Etat bereitgestellten Mittel zur Gewährung eines Darlehens an die Ostafrikanische Eisenbahngesellschaft zur Fortführung der Eisenbahn Zanga-Salam-Morogoro bis Zabora und zu Vorarbeiten für die Fortführung der Bahn bis an den Tanganjasee sowie zur Gewährung eines Darlehens an dieselbe Gesellschaft zur Fortführung dieser Bahn bis an den Tanganjasee, sowie zu Ergänzungsbau- und Umbauten an der Stammstrecke Zanga-Salam-Morogoro zu verwenden.

Stellvertreter des Staatssekretärs des Reichsfinanzamts Dr. Wolff: Die ostafrikanische Zentralbahn soll ihren Endpunkt finden an dem Ufer des Tanganjasees. Sie würde sich in dem Maße rentieren, als ihre Weiterführung nach dem Ufer des Tanganjasees bewertbar ist. Diese Vorlage ist auf die ursprüngliche Forderung des Staatssekretärs v. Lindemann zurückzuführen. Über die Ziffer hat schon seit geraumer Zeit der Gouverneur von Ostafrika Erklärungen erteilt; es sollen fünf Klassen eingerichtet werden, so daß allen Wünschen Rechnung getragen werden wird.

Hg. Erzberger (Zentr.): Die Vorlage stellt ganz harmlos aus, enthält aber tatsächlich eine Nachforderung von 62 Millionen Mark; es handelt sich um einen verschleierte Nachtragsetat. In der Kommission werden wir die Frage besprechen müssen, ob wir zu dem gefährlichen Weg der Nachtragsetats wieder zurückkehren sollen. Wenn jetzt auch mit Hilfe dieser Vorlage durch die sofortige Fortführung der Bahn 1 1/2 Millionen erspart werden, wer garantiert uns dafür, daß wir nicht später wieder 4 bis 5 Millionen ausgeben müssen, weil die Bahn zu schnell gebaut ist? Es wird auch in der Kommission die Frage sehr zu prüfen sein, ob nicht der Bauverzug gerechtfertigt gemacht werden kann. Ich gebe auch weiters zu, daß wirtschaftliche, militärische und politische Gründe für die Fortführung der Bahn sprechen. In Zabora kann die Bahn unmöglich ihren Endpunkt erreicht haben. Für einen kleinen Vorläufer hätte ich es, daß abweichend von dem bisherigen Verfahren Bahn abgeben werden könnte, die in der Bauzeit fälligen Zinsen dem Anleihebedarfe auszusparen. Ich möchte wünschen, daß Künftig immer so verfahren wird. Zur Deutung der Rollen wird man in der Kommission eine angemessene Erhöhung der Zinsen sowie im Auge zu fassen und auf ihre Durchführbarkeit zu prüfen haben. Bezüglich der wirtschaftlichen Bedeutung des Projektes kann man ja wohl die gute Meinung der Dr. Wolff teilen, und meine Freunde teilen sie, sie wollen aber finanzielle Klarheit. Ich beantrage die Verweisung des Entwurfs an die Budgetkommission.

Staatssekretär des Reichsfinanzamts Bernack: Ich gebe von vornherein bereitwillig zu, daß in dem Ermächtigungsgesetz, das Ihnen vorgelegt ist, gleichzeitig ein Nachtragsetat liegt. Man hätte zunächst nur die Strecke bis Zabora ins Auge gefaßt und dafür die Mittel erbeten. Aber man hat den bestimmten Entschluß gefaßt, die Bahn dann weiter fortzuführen, wenn die Strecke bis Zabora fertig sein würde. Das Einzelne, was neu und uner-

wartet ist, ist, daß diese Strecke verhältnismäßig sehr fertig geworden ist. Das auch Sie sich darüber klar gewesen sind, daß die Fortführung erfolgen werde, geht auch aus dem Etat hervor, denn dort werden ausdrücklich Mittel zu Vorarbeiten für die Fortführung der Bahn bis an den Tanganjasee, gebort. Es handelt sich aber lediglich um die Fortführung eines einzelnen Unternehmens, und insofern werde ich allerdings auch sagen dürfen, daß die Finanzen von vornherein darauf rechnen mußten, daß im Laufe der nächsten Periode beratliche Forderungen an sie herangetragen würden. Wir haben ja bei den übrigen Bahnen so wohl in Deutsch-Ostafrika wie in andern Gebieten die Erfahrung gemacht, daß durch die Weiterführung der Bahn ihre Rentabilität verbessert wird. Ich glaube, daß das auch hier der Fall sein wird. Ich glaube die bestimmte Hoffnung auszusprechen zu dürfen, daß die Finanzen sich günstig gestalten werden unter der Voraussetzung, daß Ostafrika allmählich in die durch die Bahn bedingten Verhältnisse hineinwachsen wird. Dabei kann ich die von dem Hg. Erzberger gemachten Annahmen wegen Erschließung neuer Eisenbahnquellen nur mit dem lebhaftesten Interesse entgegenkommen.

Stellvertreter des Staatssekretärs des Reichsfinanzamts Dr. Wolff: Ich bin dem Hg. Erzberger dankbar, daß er sich für die Bahn sympathisch gegenübergestellt hat. Er hat dann im einzelnen allerdings solche Bedenken geltend gemacht, daß es der Regierung nur erwünscht sein kann, wenn das Haus beschließen sollte, die Vorlage der Budgetkommission zu überweisen. Ich bin der festen Überzeugung, daß wir Ihnen nachweisen werden, daß die Zweifel und Bedenken, die in finanzieller Beziehung gegen diesen Projekt erhoben worden sind, nicht zurecht sind. Hg. Dr. Wagner-Saunders (Zentr.): Wenn man auch finanzielle Bedenken gegen die Vorlage äußern könnte, so ist sie doch sicher materiell vollständig begründet. Die Vorlage ist notwendig für die Entwicklung des Schutzbereichs, und sie bringt unter allen Umständen für die Zukunft den allergrößten Nutzen. Noch viel größer wird der mittelbare Nutzen einer solchen Bahn für die Hebung der Verteidigungsfähigkeit des Landes, für seine militärische Sicherheit sein. Ich möchte nur noch dem Wunsch Ausdruck geben, daß dem einmütigen Beschluß des Reichstages entsprechende Dank für die in den Kolonien Gefallenen durch Vergrößerung eines Denkmals bald abgeleistet werden möge. (Beifall rechts.)

Hg. Koste (Soz.): Nach im vorigen Jahre hat die Regierung erklärt, daß ostafrikanische Schutzbereich mit dem Bahnbau noch so belastet ist, daß eine weitere Belastung nicht zu verantworten sei. Jetzt sollen eventuell noch die beiden Gebiete Urundi und Nianda zum Zweck der Vergrößerung und Amortisation des Bahnbaues zur Dittenerbahn neu herangezogen werden; das kann leicht dazu führen, daß sich die streitbaren Männer dieser Gebiete zu Aufständen in Bewegung setzen. Auf Rentabilität der Bahn ist in absehbarer Zeit nicht zu rechnen. Bei anderen Bahnbauten in den Schutzbereichen scheint die gleiche Behandlung der Eingeborenen die Regel zu sein. Schon die Finanzierung der Schwarzsee-Bahnen für die Bahnbauten erfolgt zwangsmäßig, indem bewohnte Punkte dazu in den Aufschlag gehen. Die größtmöglichen Abhängigkeiten sind an der Tagesordnung. Wir müssen es uns sehr gründlich überlegen, ob wir unter solchen Verhältnissen der Regierung Geld für die Fortführung der Bahnbauten bewilligen können. (Beifall bei den Soz.)

Hg. Gildhoff (Fortfchr. Soz.): Meine politischen Freunde beurteilen die Vorlage etwas günstiger als der Hg. Erzberger. In der ersten Zeit beim Bahnbau große Fehler gemacht worden, wir haben aber im Laufe der Jahre vieles gelernt, wir bauen jetzt rascher als früher und haben auch die Baukosten verringern können. Für den Bahnbau sprechen nicht nur wirtschaftliche, militärische und politische Gründe, auch die belagerte Bahnpolitik ist zu berücksichtigen. Eine Erhöhung der Zinsen, bei der freilich mit größter Vorsicht vorgegangen werden muß, dürfte nicht zu umgehen sein. Werden uns in der Kommission ausreichende Garantien für die Rentabilität gegeben, so werden wir dem Bau zustimmen.

Stellvertreter des Staatssekretärs Dr. Wolff: Dem Gouverneur sind zwei Fälle ...

Hg. Krüning (Nat.): Der Ingenieur Morogoro hat sich die Zahl der Pflanzungen seit der Inangriffnahme der Bahn 1904/05 ganz erheblich gesteigert, woraus man erkennt, wie kolossal eine solche Bahn auf die Kultur- und Verkehrsentwicklung einwirkt. Der Export hat sich in einem Jahre um 8 Millionen gehoben. Die Fortführung der Bahn wird seine Einkünfte noch erheblich steigern. Die Steuererträge sind in Zabora geblieben; die Fortführung in verhältnismäßig sehr vorteilhafte Weise wird aber mindestens 500 000 bis 600 000 Mark mehr an Einnahmen zur Verfügung stellen. Ich sehe allerdings die vollständige Einführung der Güttentaxen in den erwähnten beiden Reichstücken als gefährlich an. Die Bedenken des Hg. Erzberger wegen der Verzinsung der Bahn kann ich nicht teilen.

Hg. v. Hebeert (Nat.): Zum ersten Male soll in deutschen Schutzbereichen eine Eisenbahn von einer Grenze bis zur andern geführt, eine Transversalverbindung hergestellt werden. Ich freue mich, daß die beiden Begründer der Kolonie Dr. Carl Peters und Graf Joachim Pfeil dies noch erleben. Mit dem Prinzip; billig und schnell müssen wir brechen und endlich Bahnen bauen, die gleich von vornherein brauchbar sind und auf die Dauer handhabbar sind. Der Tanganjasee stellt tatsächlich ein Meer für Zentralafrika vor. Durch die Bahnverbindung bis zu diesem See eröffnen sich für uns sehr bedeutende handelspolitische Aussichten. Wir erschließen da ein großes 4 Millionen-Gebiet, in dem noch mächtige Sultane sind, die der deutschen Herrschaft noch nicht unterworfen sind. Das wird anders werden, wenn wir mit der Bahn in drei Tagen von der Küste nach dem Tanganjasee fahren können. Wir haben schon gute Beziehungen mit den Sultanen, und es steht zu hoffen, daß unsere Regierung, wenn sie etwas hinter sich hat, größere Rechte an wirtschaftlicher Bedeutung dort erlangen wird. Wir haben dort große Handelsartikel und verschiedene Naturprodukte, wir bekommen auch den Pflanzenwuchs und werden nicht mehr darauf angewiesen sein, nur aus einigen Gebieten, die dadurch entvölkert werden, die Arbeiter für unsere Pflanzungen an der Küste heranzubringen. Die Bedenken wegen der Finanzierung werden sich in der Kommission heben lassen. Wir können uns freuen, daß wir wirklich einen großen wirtschaftlichen Schritt vorwärts tun. Wie oft haben wir uns nicht überholten lassen! Wir wollen hoffen, daß das in Zukunft anders sein wird. (Beifall.)

Hg. Erzberger (Zentr.): Ich muß meine Behauptung aufrecht erhalten, daß es sich in der Tat um einen verschleierte Nachtragsetat handelt.

Die Vorlage wurde sodann an die Budgetkommission überwiesen.

Zur zweiten Lesung gelangte hierauf der Entwurf eines Hausarbeitengesetzes. § 1 bestimmt diejenigen Betriebe, für die das Gesetz Anwendung finden soll. Dazu gehören diejenigen, in denen jemand ausschließlich zu seiner Familie geübende Personen gewerblich beschäftigt sind und solche, in denen eine oder mehrere Personen

gewerbliche Arbeit verrichten, ohne von dem Besonderen Betrieb leitenden Arbeitgeber beschäftigt zu sein. ... Auf Antrag der Kommission sollen solche Beschäftigten von dem Gesetz ausgeschlossen bleiben, in denen ausschließlich für den persönlichen Bedarf des Arbeiters oder seiner Angehörigen gearbeitet wird. Hg. Dr. Hebeert (Soz.) verlangt eine bessere Definition des Begriffes „Hausarbeiter“ und „Angehöriger“.

Hg. Schmidt (Soz.): Große erhebliche Wünsche der Heimarbeit sind im Gesetz leider unberücksichtigt geblieben. Das Zurückgehen hätte einseitig geregelt werden müssen. Die Angaben über die Entlohnung der Heimarbeiter, wie sie auf der Heimarbeiterausstellung gegeben worden sind, waren durchaus richtig. Hg. Dr. Hebeert (Zentr.): Uns erspricht und erschrickt das Fehlen der Heimarbeiter mindestens ebenso wie die Sozialdemokratie. Die Wünsche des Heimarbeiterverschlusses sind zum großen Teil durch die Kommissionsbeschlüsse verwirklicht worden; das ist fast ausschließlich auf das Eintreten der bürgerlichen Parteien zurückzuführen. (Beifall sehr richtig bei der Dr. Wolff.)

Hg. Dr. Raumann (Fortfchr. Soz.): Mit dem Herzen allein ist die Sache nicht zu machen. Es wird keine Gesetze ankommt oder nicht, ist fast ganz gleichgültig. Es wird keine besonderen Verfügungen über die Entlohnung der Arbeiter herbeiführen. Am besten ist, daß die Heimarbeiterschaft nicht organisiert ist. Gott das Gesetz in Kraft, so müssen wir die Einführung des Lohnabkommens beschließen.

Nach weiterer Debatte wurden die §§ 1 und 2 in der Kommissionsfassung angenommen.

Darauf verlagte das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 12 Uhr; außerdem Geschäftsausschüsse, Aufhebung der Hilfsstellen, Privatbeamtenverordnungen.

Schluß 7 Uhr.

### Ausland.

#### Im französischen Ministerrat

am Montag wurde General Loutie in Folge der Zwischenfälle von Udscha zur Disposition gestellt. Der Kommissar Destailleur folgte seinem Amte entbunden bleiben, bis die gegen ihn eingeleitete Untersuchung abgeschlossen ist. Das Kommissariat an der algerisch-marokkanischen Grenze wird einem Beamten übertragen werden, der weder zu den Konularagenten noch zur Armee gehört. General Droude wurde zum Kommandeur der Division von Oran ernannt. General Alij übernimmt das Kommando über alle Truppen an der Nord- und Südgrenze von Marokko.

#### Die Luftschiffahrt.

Das Luftschiff „Schwaben“ ist in Baden-Dos am Montag nachmittag gegen 4 Uhr glatt gelandet und in die Halle gebracht worden.

#### Aus Nah und Fern.

Zur der angeblichen Explosion am Dampfer „Prinz Joachim“. Die Hamburg-Amerika-Linie erklärt, daß bei ihr bisher keine Verletzung der New-Yorker Regelung über eine Katastrophe bei den Bergungsarbeiten am Dampfer „Prinz Joachim“ eingetreten ist.

Neue Erdölsteine. Nach einer Meldung aus Freiburg wurde am Montag morgen 4 Uhr 10 Min. in der oberen Kreide eine neue Erdölsteine vertrieben, der von letztem Rollen begleitet war.

#### Letzte Telegramme.

Die englisch-deutschen Beziehungen.

London, 28. Nov. Nachdem das Unterhaus die Debatte auf unbestimmte Zeit vertagt hatte, erklärte der Führer der unionistischen Partei, Bonar Law, daß er mit den Ausführungen Greshs völlig einverstanden sei. Ramsay MacDonald meinte, die Erklärungen Greshs würden die öffentliche Meinung in Deutschland beruhigen. Der Liberale Hughes hieß die Erklärung Greshs willkommen, daß ein großer Verzicht gemacht werden solle, um ein neues Kapitel in den englisch-deutschen Beziehungen zu beginnen. (Siehe den Artikel an leitender Stelle.)

Die deutsch-französischen Abkommen und das Parlament in Frankreich.

Paris, 28. Nov. (Meldung der „Agence Havas“.) Wahrscheinlich wird die Beratung über das deutsch-französische Abkommen in der Kammer am 6. oder 7. Dezember beginnen können. Vermutlich werden drei Sitzungen genügen, die Debatte zu erschöpfen. Der Senat wird voraussichtlich seinen Beschluß zu fassen, daß der Vertrag noch vor Ende des Jahres in Kraft treten kann.

Die Hamburg-Marokkanische Gesellschaft und die Lage in Sidmarokko.

Hamburg, 28. Nov. In der gestrigen Gesellschaftsversammlung der Hamburg-Marokkanischen Gesellschaft u. S. G. legte die Verwaltung den Bericht über die bisherige Tätigkeit der Gesellschaft, die Interessen hauptsächlich im südlichen Marokko verfolgt, vor. Die Verwaltung ist der Ansicht, daß nach den bisherigen von ihr an Ort und Stelle vorgenommenen Ermittlungen aus Gründen des Klimas und der Bodenbeschaffenheit eine Ansiedlung deutscher Bauern in Sidmarokko (S u s g e b i e t) nicht Aussicht auf wirtschaftlichen Erfolg bieten würde, und daß andererseits auch zur Zeit der Nachweise feste, daß die Voraussetzungen vorlägen, die eine lucrative Plantagenwirtschaft ermöglichen. Die Verwaltung beschloß daher, einmütigen von dem Erwerb landwirtschaftlicher Interessen in Sidmarokko abzusehen.

Was das Erprobormen in Sidmarokko anlangt, so habe die Gesellschaft auf Grund reichhaltiger Erprobungen eine Reihe von Fundorten angemeldet. Die unruhigen Verhältnisse hätten aber bislang eine genaue Kartierung der Mächtigkeit und Abbaumöglichkeit der betreffenden Lager verhindert. Die Gesellschaft ist daher auch davon überzeugt, daß keine der anderen in Sidmarokko tätigen bergbauartigen Interessentengruppen Lager entdeckt haben, deren Abbaumöglichkeit im großen Maße schon nachgewiesen sei. Da jedoch verschiedene Umstände darauf hinweisen, daß sich - so wenig hierüber auch heute feststehe - in Sidmarokko wirklich abbaubwürdige Erzlager fänden, und da ferner durch das Marokkoabkommen, dessen Abschluß von dem Gesellschaftsmitglied begrüßt wurde, eine Konsolidierung auch der sidmarokkanischen Verhältnisse zu erwarten sei, die ein ladungsgemäßes Weiterarbeiten gestatten werde, beschloß die Gesellschaftsversammlung, wie bisher das betreffende Gebiet durch Sachverständige unteruchen zu lassen und die für die Fortführung dieser Tätigkeit erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen.



Main table containing various market data, including stock prices, exchange rates, and interest rates. Columns include company names, prices, and other financial metrics.